

Abg. Scholz (DBD):

Meine Damen und Herren! Im Auftrage aller Fraktionen dieses Hohen Hauses habe ich Ihnen zu den Erklärungen des Vertreters der Regierung folgende EntschlieÙung vorzutragen:

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Provisorischen Volkskammer zur Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kriegstreiberischen Beschlüsse der New Yorker Konferenz der Außenminister der Westmächte und über die friedensichernden neuen Abkommen mit der Volksrepublik Rumänien und der bulgarischen Volksrepublik.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nimmt mit Empörung von dem neuen gegen das ganze deutsche Volk gerichteten verbrecherischen Akt Kenntnis, den die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich durch die Beschlüsse ihrer Außenminister in New York vollzogen haben.

Sie billigt die Haltung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem erneuten Anschlag der Westmächte, sowie den Beschluß, die Regierungen der Staaten, zu denen die Deutsche Demokratische Republik diplomatische Beziehungen unterhält, von der Auffassung der Regierung in Kenntnis zu setzen.

Während die Regierung der UdSSR und ihre Besatzungsorgane in konsequenter Einhaltung des Prinzips der Vertragstreue alle über Deutschland getroffenen Abmachungen gewissenhaft erfüllt haben und das deutsche Volk in seinem Bemühen unterstützen, in einem einheitlichen Deutschland den Weg der Demokratie und des Friedens zu beschreiten, haben die imperialistischen Westmächte unter Mißachtung des Völkerrechts und Bruch des Potsdamer Abkommens fortgesetzt die Politik der endgültigen Zerreißung Deutschlands betrieben. Mit Hilfe deutscher Landesverräter und Quislinge wie Heuß, Adenauer, Kaiser, Schumacher, Ollenhauer haben sie ihr halbkoloniales System der nationalen Unterdrückung und Ausbeutung über Westdeutschland errichtet.

Besatzungsstatut und Ruhrdiktat statt Friedensvertrag, Aufstellung von Söldnertruppen und Freilassung der Kriegsverbrecher statt Entmilitarisierung, Neofaschismus und brutale Unterdrückung statt Aufbau der Friedenswirtschaft, das ist die Politik, mit der die Westmächte das deutsche Volk den Weg des Verderbens führen wollen.

Mit den New Yorker Beschlüssen sollen Westdeutschland und Westberlin endgültig in den aggressiven Atlantikpakt und in das strategische Aufmarschgebiet für den geplanten Krieg gegen die Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien einbezogen werden. Deutsche Söldnertruppen sollen bei diesem neuen Verbrechen gegen die friedliebende Menschheit in der vordersten Linie verbluten. Der Weltfriede und die Aufbauarbeit aller friedliebenden Völker sind damit auf das ernsteste bedroht.

Die Provisorische Volkskammer erhebt im Interesse des ganzen deutschen Volkes entschiedenen Protest gegen die kriegstreiberischen Beschlüsse und Maßnahmen der Westmächte. Sie ruft das ganze deutsche Volk, insbesondere die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins, auf, den nationalen Widerstand gegen die verbrecherischen Pläne der Feinde unseres Volkes und ihrer deutschen Handlanger zu verstärken und einen entschlossenen Kampf gegen jeden Versuch zu führen, unsere Heimat erneut in das Verderben des Krieges zu stürzen.

Nur durch diesen Kampf kann das deutsche Volk seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Wehrt Euch gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial, gegen Rüstungsproduktion und Vorbereitung von kriegsmäßigen Zerstörungen! Laßt nicht zu, daß unsere Jugend in den Kommißstiefel gezwängt wird, der auf den Boden friedliebender Völker gesetzt werden und unser eigenes Land verwüsten soll! Das deutsche Volk darf nicht bereit sein, sich für fremde Interessen auf die Schlachtbank führen zu lassen und an dem geplanten ungeheuerlichen Verbrechen an der Menschheit mitschuldig zu werden.

Kämpft mit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für den Abschluß des unserem Volk zustehenden Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen! Das deutsche Volk hat genug vom Krieg, es will alle Kräfte für seinen friedlichen, demokratischen Aufbau und die Steigerung seines Wohlstandes einsetzen.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stellt zugleich mit Genugtuung fest, daß die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik getreu ihrem Regierungsprogramm den Weg des Friedens und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern konsequent weiter beschreitet. Sie begrüßt die Unterzeichnung der Deklarationen und den Abschluß der Abkommen und Vereinbarungen, die die Regierungsdelegation unter Führung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Regierungen der Rumänischen Volksrepublik und der Volksrepublik Bulgariens abgeschlossen hat. Damit ist ein weiterer, wichtiger Schritt zur Stärkung des unüberwindlichen Lagers des Friedens unter Führung der großen Sowjetunion getan worden. Mit großer Befriedigung stellt die Provisorische Volkskammer fest, daß die Deutsche Demokratische Republik auf Grund der konsequenten Friedenspolitik ihrer Regierung und der wachsenden Stärke der demokratischen Kräfte unseres Volkes sich im zunehmenden Maße das Vertrauen der friedliebenden Völker errungen hat und als gleichberechtigtes Mitglied in deren Gemeinschaft aufgenommen wurde. Von besonderer Bedeutung ist die in den Unterzeichneten Deklarationen zum Ausdruck gebrachte Übereinstimmung der Völker Rumäniens, Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik über die Erhaltung des Friedens, sowie die Entschlossenheit, eine feste Politik der Verteidigung des Friedens gegen die imperialistische Politik der Westmächte zu führen.

Die abgeschlossenen Vereinbarungen werden dazu dienen, die Freundschaft des friedliebenden deutschen Volkes mit dem rumänischen und dem bulgarischen Volk zu vertiefen und die Zusammenarbeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu festigen. Damit wird nicht nur unser eigener wirtschaftlicher Aufbau in hohem Maße unterstützt, sondern zugleich bewiesen, daß die Politik freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe im Gegensatz zur imperialistischen Politik der Unterdrückung und des Krieges den wahren Interessen der Völker dient.

Die auf dem eingeschlagenen Wege erreichten Erfolge verpflichten uns, den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, um ein einheitliches und demokratisches Deutschland und zur Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik in verstärktem Maße fortzusetzen.

Die Provisorische Volkskammer richtet ihren Dank an die Regierungen der Rumänischen Volksrepublik